

von  
Nicola Glass

## Demokratie in weiter Ferne

### Thailand drei Jahre nach dem Militärputsch

Die Autorin ist freie Journalistin. Sie hat mehr als dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Im Herbst 2015 ist sie nach Europa zurückgekehrt.

**Seit sich Thailands Militär am 22. Mai 2014 an die Macht geputscht hat, geraten Kritiker immer mehr unter Druck. In Zweckgemeinschaft mit dem unpopulären König Vajiralongkorn sucht die Junta ihre eigenen Machtansprüche und die des übrigen alten Establishments langfristig zu festigen**

»Das waren drei verschwendete Jahre«, hieß es in den sozialen Netzwerken über die Folgen des Putsches, durch den die gewählte Regierung unter Yingluck Shinawatra gestürzt worden war. Die im Exil lebende Aktivistin Suda Rangkupan, die einst Linguistik an der Bangkokener Chulalongkorn-Universität lehrte und für eine republikanische Staatsform kämpft, erklärte, für manche Leute habe es zwei Jahre gedauert, zu realisieren, worum es bei dem Staatsstreich ging: Es sei geputscht worden, um nach dem Tod von König Bhumibol Adulyadej das Überdauern des »Bhumibolistischen Regimes« (des royalistischen Regimes der Ära Bhumibol, Anm. d.A.) zu garantieren. »Militär und Eliten wollten den kompletten Zugriff auf Verwaltung und Parlament, daher bestand für sie der einzige Weg darin, der gewählten Regierung die Macht zu entreißen«, so Suda.

Derweil sind Einschüchterungen und Festnahmen fast ebenso alltäglich wie politisch motivierte Prozesse, in denen die Justiz als Erfüllungsgehilfin des Militärs dient. Dazu gehört ein Gerichtsverfahren gegen Yingluck wegen angeblicher Pflichtverletzung im Amt in Zusammenhang mit staatlichen Reis-Subventionen, wodurch Milliarden von Dollar versickert sein sollen. Doch zur Urteilsverkündung am 25. August erschien die 50-Jährige nicht. Kurz darauf wurde bekannt, dass die ehemalige Premierministerin außer Landes geflohen war. In ersten Reaktionen äußerten viele Verständnis dafür: Yingluck, der

bis zu zehn Jahre Gefängnis drohen, hätte niemals ein gerechtes Urteil bekommen. An jenem Freitag erhielten der frühere Handelsminister und weitere Angeklagte wegen ähnlicher Vorwürfe jahrzehntelange Haftstrafen. Gegen Yingluck selbst erließ das Oberste Gericht Haftbefehl und verschob die Verkündung des Urteils in ihrem Fall auf den 27. September.

Unter dem Deckmantel von »Reformen« will die Junta ihre Macht insbesondere durch die neue Verfassung zementieren – Thailands zwanzigste seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932. In dieser künftigen Scheindemokratie ist festgeschrieben, dass ein vom Militär ernannter Senat und andere regimetreue Gremien ein Veto-Recht haben und gewählte VolksvertreterInnen derart gängeln können, dass deren Spielraum gegen Null tendiert. Außerdem hat man sich die Möglichkeit eingeräumt, einen nicht gewählten Regierungschef zu installieren.

Eigentlich sollte die Anfang April von König Vajiralongkorn unterzeichnete Verfassung schon zwei Monate früher in Kraft treten. Doch dieser hatte sich quer gestellt: Die Junta brüskierend, forderte er die Änderung mehrerer Passagen. Dabei ging es dem selbst von Royalisten verachteten Lebeamten keineswegs um den undemokratischen Inhalt, sondern darum, seine Befugnisse als offiziell konstitutioneller Monarch auszudehnen. Vajiralongkorn, der am 1. Dezember 2016 zum neuen König proklamiert worden war und sich bekanntlich öfter in Bayern aufhält als in Bangkok, beharrte unter anderem darauf, während seiner häufigen Abwesenheiten keinen Regenten einsetzen zu müssen.

Eine Reihe von BeobachterInnen sieht durch diese Einmischung die Anfänge einer neuen absoluten Monarchie heraufdämmern. Andere hingegen sind überzeugt, dass Vajiralongkorn die neue Verfassung lediglich seinem exzentrischen Lebensstil anpassen wolle. »Er will die Krone, aber nicht den Job«, schrieb der thai-britische Akademiker, Aktivist und Autor Giles Ji Ungpakorn, der bereits 2009 aufgrund von Anschuldigungen wegen Majestätsbeleidigung ins britische Exil geflohen war, in seinem Blog »Uglytruth Thailand«.

#### Rapide schrumpfende Freiräume

Unterdessen schrumpft die Presse- und Meinungsfreiheit in Thailand, das auf der aktuellen Rangliste von *Reporter ohne Grenzen* Platz 142 von 180 Ländern belegt, sichtlich weiter: Kürzlich wurde mit Pravit Rojanaphruk einer der prominentesten Journalis-

Demonstration gegen den Putsch  
© Holger Grafen



ten des Landes der Aufwiegelung und des Verstoßes gegen das berüchtigte »Computerkriminalitätsgesetz« beschuldigt. So drohen Pravit, einem ausgewiesenen Kritiker des Militärs, der bereits zwei Mal von der Junta interniert worden war, bis zu 14 Jahre Haft.

Davon abgesehen hatte die Junta zuvor unter Strafandrohung jeden Onlinekontakt mit drei Männern verboten, die sie aufgrund ihrer anhaltenden Kritik am Königshaus als »Staatsfeinde« ausgemacht hat: Es handelt sich um den Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun und den Historiker Somsak Jeamteerasakul, die beide im Exil leben, sowie den schottischen Journalisten und Autor Andrew MacGregor Marshall, dessen Buch »A Kingdom in Crisis« in Thailand auf der schwarzen Liste steht. In einem im Mai veröffentlichten Kommentar für die *Japan Times* mit dem Titel »Land der Angst unter Vajiralongkorn« schrieb Pavin über den neuen König: »Angst ist ein Mittel, um seinen Untergebenen zu drohen und sie gefügig zu halten.«

### Verschärfter Missbrauch des drakonischen Lese-Majeste-Gesetzes

Den Militärs, die sich als ultimative Beschützer der Monarchie aufführen und einzig daraus ihre Legitimation beziehen, ist durchaus bewusst, dass sich mit dem verhassten Vajiralongkorn – im Gegensatz zum 2016 verstorbenen König Bhumibol – der Mythos eines »Vaters der Nation« nicht aufrecht erhalten lässt. Drastischer denn je missbraucht die Junta daher das repressive »Gesetz gegen Majestätsbeleidigung« (*Lèse-Majesté*), das einem Beschuldigten pro Anklagepunkt bis zu 15 Jahre Haft einbringen kann.

Laut der *Internationalen Föderation der Ligen für Menschenrechte* (FIDH) in Paris saßen zum Zeitpunkt des Putsches sechs Menschen wegen Verunglimpfung der Monarchie hinter Gittern. Mittlerweile sind deswegen über 100 Personen verhaftet worden, darunter ein thailändischer Anwalt, dem wegen Majestätsbeleidigung sowie Kritik an Juntachef Prayuth Chan-ocha mindestens 150 Jahre Gefängnis drohen. Anfang Mai 2017 teilten die FIDH und zwei ihrer Mitgliedsorganisationen aus Bangkok mit, dass von den insgesamt 105 Festgenommenen bereits 49 zu teils jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt worden seien. Nur einen Monat später verurteilte ein Militärgericht einen Mann zu 70 Jahren Haft; die Strafe wurde nur deshalb um die Hälfte reduziert, weil dieser sich schuldig bekannte.

Dass Vajiralongkorns Unpopularität es zunehmend problematisch macht, den Machtanspruch des Militärs zu wahren, zeigte sich nicht zuletzt an der Reaktion auf ein Video, das im Web veröffentlicht wurde: Darin war der mittlerweile 65-jährige Monarch im bauchfreien Shirt zu sehen, wie er im Som-

mer vergangenen Jahres mit einer seiner mutmaßlichen Geliebten durch eine Münchner Einkaufsmeile spazierte. Die Junta drohte, den Zugang zu Facebook in Thailand gänzlich zu kappen, ruderte dann aber zurück. Zuletzt kündigte sie an, jeden strafrechtlich zu verfolgen, der mutmaßlich monarchiekritische Inhalte auch nur anschaue.

### »Demokratie die letztendliche Antwort auf Thailands Krise«

»Das Militär dominiere den politischen Raum, die neue Verfassung verankere die Rolle der Armee weiterhin, und der jetzige König schere sich wenig um Demokratisierung«, sagt der Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun. »Von dieser Perspektive aus gibt es wenig Hoffnung für Thailand, was aber nicht bedeuten soll, dass wir keine haben«, betont er. »Ich glaube daran, dass Demokratie die letztendliche Antwort auf Thailands Krise ist und sie sich langfristig durchsetzen wird.«

Derzeit ist jedenfalls kein Ende des Status Quo in Sicht. Es sei denn, das Volk in dem politisch tief gespaltenen Land erhebt sich gegen das Militärregime. Doch schon in der Vergangenheit hatte die Armee pro-demokratische Aufstände blutig niedergeschlagen. Ohne Weiteres wird auch die jetzige Junta nicht von der Macht lassen. ■

#### Anm. der Redaktion:

Zur Situation drei Jahre nach dem Militärputsch in Thailand erschien auch ein von der Autorin verfasster BLICKWECHSEL (<https://www.asienhaus.de/stiftung-asienhaus/unsere-arbeit/publikationen/blickwechsel/>).

Flashmob an der Ratchaprasong-Kreuzung  
© Holger Grafen

